

Januar/Februar 2026

Die Linke

Niddatal

Linke Opposition ins Stadtparlament!



Am 15. März 2026 wird ein neues Stadtparlament gewählt. Zwölf linke Kandidatinnen und Kandidaten treten zur Wahl an: Für soziale Politik, für Frieden statt Aufrüstung, für Klimaschutz und für ein Niddatal für alle. Wir bitten um Ihre Stimme für eine linke Opposition!

Hast du mal 7 Cent?

2024 waren etwa 100.000 Menschen in Deutschland Opfer häuslicher Gewalt. Zum größten Teil Frauen

und Mädchen. 132 Frauen wurden von ihrem (Ex-)Partner umgebracht. Die größ-

Weiter auf Seite 2

Die Kriege und Krisen in der Welt und was die kleine Stadt Niddatal damit zu tun hat.

Die Angst geht um

Immer mehr Menschen - natürlich auch in Niddatal - fühlen sich direkt betroffen von den Veränderungen in der Welt, von neuen Kriegen mit Not und Vertreibung.

Es ist nicht mehr nur die abstrakte Angst, dass die Wirtschaft wegen der gigantischen Rüstungskosten schlechter läuft und der Außenhandel einbricht.

Nein, jetzt kommt die Angst dazu, dass Sozialleistungen zusammengestrichen werden. Dass die Rente nicht auskömmlich sein wird.

Dass wir in Kürze unseren Arbeitsplatz verlieren könnten und die Preise für Lebensmittel und Wohnen immer weiter steigen.

Auch die medizinische Versorgung soll zugunsten unserer Wehrfähigkeit eingeschränkt werden.

Unsere Kinder werden wieder in der Bundeswehr dienen. Weil Regierung und NATO prognostizieren, dass

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Hast du mal 7 Cent?

ten Gefahren für Frauen liegen also nicht in einem diffusen Stadtbild, die Gefahren lauern zu Hause. Dort, wo wir eigentlich die engsten und vertrautesten Bindungen haben sollten. Und, wie bei allem Schlechten in der Welt, steigen auch hier die Zahlen - es gab in der BRD nie so viele Vergewaltigungen wie im vergangenen Jahr. Und wahrscheinlich wird diese traurige Statistik noch ansteigen.

Um dem entgegen zu wirken, gibt es den Frauennotruf Wetterau - dorthin können sich Frauen, Mädchen und Trans-Personen wenden, wenn sie von sexualisierter, psychischer oder körperlicher Gewalt betroffen sind. Auch Angehörige der Betroffenen finden hier Rat. 2024 suchten dort 350 Menschen Hilfe. Der Bedarf ist bedauerlicherweise hoch und es wird von einer bedeutenden Dunkelziffer ausgegangen.

Der Frauennotruf existiert seit über 30 Jahren. Er wird in erster Linie vom Wetteraukreis getragen. Jedoch

sind die Kommunen angehalten, sich zu beteiligen. Die Stadt Niddatal sieht diese freiwillige Leistung nicht als Priorität. Bis 2023 unterstützte man den Notruf mit jährlich 100€. Die Linke mahnte eine Erhöhung an, woraufhin der Beitrag tatsächlich auf 200€ erhöht wurde.

Am 25. 11. - pünktlich zum Tag der Gewalt gegen Frauen - brachten wir erneut einen Antrag ein, den Beitrag auf 720€ zu erhöhen. Warum diese Summe? Der aktuelle Betrag entspricht zwei Cent pro Einwohner und Jahr. Durchschnitt in der Wetterau sind sieben Cent pro Einwohner und Jahr. Mit diesem überschaubaren Betrag könnte Niddatal helfen, dass der

Frauennotruf seine wichtige Arbeit leisten kann. Unser Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 9.12.25 von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Einem Antrag der SPD, der u.a. eine Erhöhung des Zuschusses an den Frauennotruf auf 500 € in 2026 forderte, haben wir zugestimmt. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit.

Weitere Infos:
Erreichen können Sie den Frauennotruf unter Tel.: 06043 - 4471
Bürozeiten:
Mo.-Fr.: 9-13 Uhr
Mi. zusätzlich 15-19 Uhr.
E-Mail: info@frauennotruf-wetterau.de
Natürlich kann der Frauennotruf auch mit direkten Spenden unterstützt werden.



Es muss doch möglich sein, auch armen Leuten, vom großen Brotlaib sich ihr Teil zu schneiden. Bertolt Brecht, Dreigroschenoper.

Bürgermeister Hahn lobte die Stadtverordneten aller Fraktionen. Dank der Zustimmung zur Ausweisung von Baugebieten und dem Verkauf von Grundstücken, stehe Niddatal finanziell gut da.

Da freut man sich natürlich, wenn man so gut funktioniert hat. Ein warmes Gefühl, wahrlich...

Natürlich kann man sich nicht aus Prinzip allen Bauprojekten der Stadt verweigern. Die Kommune ist klamm und Wohnraum wird gebraucht.

Aber hatten wir nicht eigentlich vorgehabt keine weiteren Baugebiete auszuweisen? Wollten wir nicht aufhören weitere Flächen zu versiegeln? War nicht geplant, Baulücken im Stadtbild zu schließen? Wollten wir nicht vordringlich in Bestandsbauten investieren? Die Ausweisung neuer Baugebiete schreitet zwar immer weiter voran, doch jeder weiß: Grund und Boden sind endlich. Irgendwann

können keine Verkaufserlöse mehr fließen. Es werden nur noch die Unterhaltungskosten für die Infrastruktur bleiben.

Mit dem Ausverkauf von Bauland die Kasse der Gemeinde retten, ist ein Konzept von gestern. Erfolgreiches unternehmerisches Handeln der öffentlichen Hand ist das perspektivisch nicht.

Die Vision der Linken in Niddatal sieht anders aus

Statt große Flächen für Einfamilienhäuser zu verbrauchen, will die Linke öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau voranbringen.

Wir müssen zukünftig ökologisches Bauen von bezahlbarem Wohnraum möglich machen. Auch kollektive Wohnprojekte sind zu unterstützen.

Es muss möglich sein, dass junge Familien, Normalverdiener:innen, Rentner:innen in der Gemeinde wohnen bleiben können.

Die Linke hat in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft und von Wohnungsbaugenossenschaften voran zu treiben.

Dafür lohnt sich dann wenigstens, sparsam Flächen zu verbrauchen.

Die Linke ist der Hessischen Verfassung verpflichtet:

Artikel 43:

(1) Selbständige Klein- und Mittelbetriebe in Landwirtschaft, Gewerbe, Handwerk und Handel sind durch Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und besonders vor Überlastung und Aufsaugung zu schützen.

(2) Zu diesem Zweck ist die genossenschaftliche Selbsthilfe auszubauen.

Artikel 44:

Das Genossenschaftswesen ist zu fördern.

Fortsetzung von Seite 1

Die Angst geht um

wir in 2029 in Deutschland mit dem nächsten heißen Krieg rechnen müssen. Aus allen Kanälen wird verkündet: Dann nämlich würden uns diejenigen angreifen, die sie zu unseren Feinden erklärt haben.

Für dieses Szenario diskutieren wir den Umbau unserer Armee mit Cyberwaffen, mit einer Armada Todesdrohnen und wollen eine eigene nukleare Bewaffnung aufbauen. Mit Hunderten Milliarden Euro Schulden.

Das alles, werden wir in Niddatal nicht aufhalten. Es ist aber an der Zeit, dass wir kleinen Leute von unten die Stimme erheben und Druck machen damit der Wahnsinn ein Ende nimmt. Die Linke hat in der Stadtverordnetenversammlung

von Niddatal zum wiederholten Mal den Antrag gestellt, die Gemeinde möge der Organisation „Bürgermeister für den Frieden“ beitreten.

Die Organisation „Mayors for Peace“ wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, versucht die Organisation Mayors for Peace durch Aktionen und Kampagnen die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen.

Die Linke ist der Hessischen Verfassung verpflichtet:

Hessische Landesverfassung §11 Artikel 69: (1) Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.

(2) Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.

Nicht mal ein Hauch

Antifaschismus

Im vergangenen Bundestagswahlkampf überschwemmte die AfD mit großformatigen DIN A0-Plakaten Niddatal. Dass diese rechtsextreme Partei mit so großen Plakaten rassistische Hetze betreiben konnte, lag an der Stadt Niddatal: Es gibt keine städtische Vorgabe zur Plakatgröße.

Die Linke wollte mit einem Antrag eine Beschränkung auf DIN A1 erreichen. Das ist die normale Plakatgröße.

Doch es zeigte sich, dass seitens der Stadt keine Bereitschaft besteht, sich mit dem momentan gefährlichsten Feind der Demokratie in diesem Land anzulegen. Und das auf einem sehr überschaubaren und rechtlich unbedenklichem Feld. Ein Blick in andere Wetterauer Gemeinden, wie Wöllstadt, Münzenberg, oder Echzell zeigt, was möglich ist: Dort ist die öffentliche Plakatierung schon seit langem deutlich strikter geregelt.

Herausgeber:

DIE LINKE. Wetterau
ViSdP.: Mathias Lenz
Niddatal. e-mail:
info@die-linke-
wetterau.de

Homepage: www.die-
linke-wetterau.de